

DIE WELTWOCHEN

Wirtschaft

Adieu, politische Gespinste

Die Wähler haben den Bürgerlichen ein eindrückliches Mandat erteilt: Was nun in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun ist.

Von Silvio Borner



Silvio Borner

Die Schweiz vollzieht eine historische Rückkehr zu normalen Verhältnissen im Parlament und im Bundesrat: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) hat die Chance gepackt: zurückzutreten, solange der Anschein von Freiwilligkeit noch einigermaßen gewahrt werden kann. Eine klare bürgerliche Mehrheit steht im Nationalrat einer etwa 25-Prozent-Minderheit von gewöhnlichen und grünen Linken gegenüber. Eine zusätzliche Normalisierung bewirkt das absehbare Verschwinden kleiner Parteien, die sich vor allem in der Mitte mit Modethemen einzunisten versuchten. Wer erinnert sich noch an eine Autopartei oder einen LdU? GLP und BDP werden diesen Weg wohl schneller gehen, als sie sich das selber vorstellen. Unklar bleibt die Rolle der CVP als vierte grosse Partei. Wo liegen die Herausforderungen für die kommenden vier Jahre?

1 — Im Mittelpunkt steht unser Verhältnis zur EU, bei dem die neue bürgerliche Mehrheit noch gespalten, aber die Mehrheitspartei gestärkt worden ist. Angesichts der offenkundigen Schwächen der EU in Sachen Migrations- und Währungsfragen sowie der britischen Attacke auf ihre Zentralisierung sollte dieses Problem lösbar sein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Migrationswelle die Freizügigkeit EU-intern untergraben wird.

2 — Eine Abkehr von der Energiewende rückt mittelfristig in den Bereich des Möglichen. Am meisten verloren hat die GLP, die mit ihrer Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eine historische Niederlage eingesteckt hat. Wir können jetzt noch ein wenig mit kostendeckenden Einspeisevergütungssubventionen und Wind- und Solar-Illusionen weiterwursteln. Aber hinter den Kulissen wird sich der Zeitgeist den realen Erfahrungen und fundierten Analysen anpassen. Das Volk wird spätestens dann zuschlagen können, wenn die neuen Energiesteuern konkret zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Vorher passiert ohnehin nicht viel bis gar nichts, weil ja auch die grossen und neueren AKW noch Jahrzehnte weiterlaufen werden und der Ausbau von Solar- und Windstrom-Infrastrukturen schon heute stagniert.

3 — Die Sozialpolitik muss grundlegend geändert werden. Die wahltaktische Allianz zwischen Bundesrat Berset und der CVP ist gescheitert. Das Rentenalter muss flexibel nach oben verschoben, die Umverteilung zwischen den Generationen in der zweiten Säule gestoppt und der schleichende Ausbau der bedarfsabhängigen Leistungen im Feld der Ergänzungsleistungen, der Sozialhilfe und der Krankenkassenprämien zurückgefahren werden. Die Volksabstimmung

über das bedingungslose Grundeinkommen dürfte ähnliche Mehrheiten wie bei der Energiesteuer ergeben und dem Parlament die neue Richtung vorgeben.

4 — Die Aufwertung des Frankens ist eine unabänderliche Tatsache. Solange wir unabhängig bleiben wollen, ist eine eigenständige Geld- und Fiskalpolitik unabdingbar. Wer eine feste Anbindung an den Euro oder gar den Dollar verlangt, müsste dem sofortigen Beitritt in die EU zustimmen oder sich die Diagnose «grössenwahnsinnig» gefallen lassen. Als ich Anfang der siebziger Jahre in den USA forschte, war ein Dollar noch Fr. 4.30 wert, vor zehn Jahren lag ein Euro noch über Fr. 1.50. Die Schweizer Währung hat sich nachhaltig aufgewertet, weil wir dank unserer marktfreundlichen Politik laufend grössere Produktivitätsgewinne erzielten, sei es durch Innovation oder mehr noch durch schnellen Strukturwandel in Richtung höhere Wertschöpfung. Die Frankenstärke war bisher gewissermassen der Preis, den wir für unsere Unabhängigkeit bezahlen mussten, aber auch bezahlen konnten, ohne volkswirtschaftlich Schaden zu nehmen. Heute ist das leider anders. Wir unterscheiden uns bezüglich Staatsquote kaum noch von den «fortschrittlichsten» Ländern, wir fahren mit der Energiepolitik einen suizidalen Alleingang, wir sind daran, unser solides Drei-Säulen-System einer Umverteilungsideologie zu opfern oder unsere Gesundheits- oder Verkehrspolitik in eine staatliche Planwirtschaft zu transformieren, in welcher die Marktpreise kaum mehr eine Rolle spielen. Die Frankenstärke ist also nur deshalb ein echtes Problem geworden, weil wir unsere Unabhängigkeit in der Politik entweder verlieren oder, mehr noch, die Zurückhaltung bei Marktinterventionen auf dem Altar von sozialdemokratischen Prinzipien wie Umverteilung und Service public oder ökologischen Ideologien wie Nachhaltigkeit und Autarkie zu verbrennen drohen.